

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

31.1.1903 (No. 30)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 31. Januar.

№ 30.

1903.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regenbogenzemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März nimmt jede Postanstalt entgegen.

Vie Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

„Das bische Sozialreform.“

Auch bei der diesjährigen ersten Lesung des Reichshaushaltsetats haben die sozialdemokratischen Redner versucht, der Reichsleitung antisoziale Reigungen unterzulegen. So oft schon die Unwahrheit derartiger Behauptungen an der Hand der Tatsachen nachgewiesen worden ist, so kann doch gerade jetzt nicht davon Abstand genommen werden, die sozialdemokratischen Entstellungsvorwürfe immer wieder aufs neue zurückzuweisen und der geschichtlichen Wahrheit nachdrücklich zu ihrem Rechte zu verhelfen.

In Arbeiterkreisen weiß man die deutsche Versicherungs-gesetzgebung und die Arbeiterschutzmaßnahmen sehr wohl zu schätzen. Wir brauchen zum Beweise dafür nur daran zu erinnern, daß auf dem Pariser internationalen Bergarbeiterkongress im Jahre 1900 der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Gué den ausländischen Arbeitervertretern gegenüber erklärte, im deutschen Unfallversicherungs-gesetze sei dasjenige verwirklicht, was die Arbeiter anderer Länder bis jetzt noch vergeblich anstreben, und daß dieses Mitglied der deutschen Sozialdemokratie ferner die Vorzüge der deutschen Versicherungsgesetzgebung lobend anerkannte. Man wird sich darüber wundern, daß diese Anerkennungen nicht dazu geführt haben, in der Arbeiterkammer das Bewußtsein einer stetigen und gewissenhaften Fürsorge der Reichsverwaltung wachzurufen. Einer solchen, wie wir gesehen, wünschenswerten und eigentlich auch selbstverständlichen Empfindung wird aber durch die Sozialdemokratie gestiftet entgegen-gearbeitet. In der sozialdemokratischen Presse und von sozialdemokratischen Rednern wird planmäßig den Arbeitern vorgelesen, das „bische Sozialreform“, dessen sie teilhaftig geworden wären, sei nicht nur völlig unzureichend, sondern es sei auch erst durch die Sozialdemokratie erzwingen worden. Erst wenn die Sozialdemokratie die politische Macht in den Händen habe, werde es möglich sein, die Lage der Arbeiter so zu gestalten, wie sie dies zu einem menschenwürdigen Dasein verlangen könnten.

Es war sehr dankenswert, daß sowohl der Reichskanzler, als auch der Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky-Wehner diesen unrichtigen Darstellungen, die im Reichstage wieder von den Abgeordneten v. Vollmar und Bebel vorgebracht worden waren, mit aller Entschiedenheit entgegentraten und die Tatsache klar zur Geltung brachten, daß wir in Deutschland in der Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung allen anderen Ländern weit voran sind, und daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Monarchie in Deutschland, die in den Verbündeten Regierungen ihren Ausdruck findet, die Initiative zur Sozialreform ergriffen und sie kraftvoll ausgeführt hat. Es machte erschütternd auch auf die äußerste Linke einen starken Eindruck, als der Reichskanzler sich dabei auf die Anerkennung unserer Sozialreform durch den der Sozialdemokratie angehörigen früheren französischen Minister Millerand berief, der rundweg erklärte, in Deutschland habe der Staat für die Arbeiter weit mehr getan, als dies in Frankreich bisher der Fall gewesen sei; man müsse auf französischer Seite danach trachten, dies nachzuholen. In Deutschland ist aber gleichwohl kein Stillstand im Ausbau der Sozialreform eingetreten. Sogar in der gegenwärtigen, durch die Zolltarifreform schwer belasteten Tagung hat der Reichstag sich mit sozialpolitischen Aufgaben zu beschäftigen und wird den Arbeiterschutz wieder um einige Schritte weiterführen.

Welch bedeutenden Umfang unsere Arbeiterversicherung besitzt, kann aus der Tatsache entnommen werden, daß in Deutschland täglich dafür rund 1 Million Mark ausgegeben wird. Für die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung sind bis Ende des Jahres 1901 für 50 Millionen Personen einschließlich der Angehörigen 3 Milliarden Mark verwandt worden. Allein die Unfallversicherung hat in den letzten fünfzehn Jahren den versicherten Arbeitern 605 Millionen Mark unmittelbar zugeführt. An Entschädigungen auf Grund des Invalidengesetzes aber sind im Rechnungsjahre 1901 über 64 Millionen Mark gezahlt worden, und zwar an Renten über 57 Millionen

und an Beitragsersatzungen fast 7 Millionen Mark; es wurden nicht weniger als 130 510 Invaliden-, 7632 Kranken- und 14 849 Altersrenten, zusammen 152 991 Renten neu bewilligt. Und das nennt die Sozialdemokratie ein „bische Sozialreform“!

Der Kolonialetat.

Die neuen Etats unserer Kolonien haben sowohl im Reichstage wie in der Presse von verschiedenen Seiten eine mehr oder minder eingehende Kritik erfahren. Dabei fällt es auf, daß beinahe überall die afrikanischen Kolonien verhältnismäßig schlecht wegkommen, obgleich bei objektiver Betrachtung gerade die Etats dieser Kolonien eine wesentliche Besserung erkennen lassen. Sieht man von dem Schutzgebiet Kiautschou ab, das allein einen Reichszuschuß von 12 421 000 M. erfordert und seinen ganzen Verhältnissen nach mit den übrigen Schutzgebieten nicht in Vergleich gezogen werden kann, so beträgt der für sämtliche Schutzgebiete im kommenden Rechnungsjahr zu leistende Reichszuschuß 14 967 570 M. gegenüber einem Zuschuß von 16 917 600 M. im Jahre 1902. Und hier sind es gerade die afrikanischen Schutzgebiete, welche eine wesentliche Verminderung des Reichszuschusses zeigen. An erster Stelle steht Togo, dessen Ausgaben im Gegensatz zu den letzten vier Jahren durch die eigenen Einnahmen vollständig gedeckt werden. Die gesamten Verhältnisse dieses Schutzgebiets haben sich in den letzten Jahren derart gestaltet, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse die Weiterentwicklung ungünstig beeinflussen, die laufenden Ausgaben dauernd durch die eigenen Einnahmen gedeckt werden.

Der neue Etat für das Schutzgebiet Kamerun zeigt gegen das Vorjahr eine Verminderung des Reichszuschusses von 622 500 M. Wenn gegenüber dem günstigen Abschluß des Rechnungsjahres 1900, das bei einer eigenen Einnahme von rund 1 600 000 M. eine Ersparnis von 134 205 M. aufwies, im Jahre 1901 ein Rückschlag eintrat, so ist dies wesentlich auf die vielfachen Unruhen und die kriegerischen Expeditionen dieses Jahres zurückzuführen. Eine dauernde Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist nicht eingetreten. Einfuhr und Ausfuhr haben sich rasch wieder gehoben, und der in Vorbereitung befindliche Bau einer Eisenbahn, den eine Privatgesellschaft ohne Zinsgarantie unternimmt, beweist zur Genüge, daß auch das Privatkapital der weiteren Entwicklung des Schutzgebiets Vertrauen entgegenbringt.

In Südwestafrika, dessen Etat eine Verminderung des Reichszuschusses um 1 374 880 M. aufweist, ist es vor allen Dingen die Eisenbahn Swakopmund-Windhöf, bei welcher die Kritik einsetzt. Die Kolonialverwaltung hat im vergangenen Jahre die gesamten Verhältnisse dieser Bahn durch eine Kommission privater Sachverständiger prüfen lassen und das Ergebnis als Anhang dem Etat des Schutzgebiets beigegeben. Dieses Gutachten enthält keineswegs, wie von einigen Seiten behauptet wurde, ein vernichtendes Urteil über den Eisenbahnbau, es stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß sich die Bahn in betriebsfähigem Zustande befindet, und daß die gewünschte Spurweite als richtig bezeichnet werden muß. Wenn noch eine Reihe von Verbesserungen notwendig werden, so kann das niemanden wundern, der den Bau afrikanischer Bahnen näher verfolgt hat. Eine endgültige Würdigung des Wertes oder Unwertes der Bahn ist aber heute, wo kaum der Bau beendet ist, und an die Einrichtung eines regelmäßigen Betriebes sowie eine, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Ausgestaltung des Tarifes erst herangegangen werden kann, absolut unmöglich. Jedenfalls aber bildet die Bahn — und das kann heute schon mit Sicherheit gesagt werden — die unbedingt erforderliche Grundlage für jede weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schutzgebiets.

Von sämtlichen afrikanischen Schutzgebieten zeigt allein der Etat Ostafrikas die Anforderung eines erhöhten Reichszuschusses. Allein das Mehr von 749 600 M. verschwindet, wenn man die einmalige Anforderung für Fortsetzung der Bahn Tanga-Norogwe bis Mombasa berücksichtigt. Es ist oben schon hervorgehoben worden, daß die Übernahme derartiger Ausgaben für große produktive Anlagen auf die laufenden Einnahmen in anderen Etats nicht üblich ist. Auch trägt dieses Verfahren nicht dazu bei, das Verhältnis zwischen den eigenen Einnahmen und den laufenden Ausgaben der Schutzgebiete im Etat zum klaren Ausdruck zu bringen. Tatsächlich ist auch

Ostafrika dem erstrebenswerten Ziele, daß die laufenden Ausgaben durch eigene Einnahmen des Schutzgebiets gedeckt werden, näher gerückt, nicht zum wenigsten durch eine mit bedeutender Ersparnis verbundene Reorganisation des Flottillen-Betriebs.

Wenn auch die Schutzgebiete mit Ausnahme Togos zurzeit im Stande sind, die fortdauernden Ausgaben aus eigenen Einnahmen zu decken, was bei den Schutzgebieten der Südsee schon mit Rücksicht darauf nicht erwartet kann, daß sie noch ganz in den Anfängen ihrer Entwicklung stehen, so ergibt doch die Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete, daß die Gesamteinnahmen seit dem Jahre 1896/97 in ganz anderem Verhältnis (von rund 3 Millionen auf rund 8,9 Millionen) gestiegen sind, als die Gesamtausgaben (von rund 11,5 auf rund 19,8 Millionen). Zu pessimistischen Prophezeiungen bieten also die Etats der Schutzgebiete keine Veranlassung.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 29. Januar.

Nach der Präsidentenwahl folgt die erste und zweite Beratung der Abkommen mit Italien und der Schweiz, betreffend den gegenseitigen Patents-, Muster- und Marken-schutz.

Staatssekretär Graf Posadowsky befürwortet die Annahme und spricht die Hoffnung aus, daß es gelinge, auch mit Oesterreich-Ungarn ein entsprechendes Abkommen zu treffen. Auf Anfrage des Abg. Müller-Meinungen teilt Graf Posadowsky noch mit, daß die Schweiz zwar bisher nur Erfindungen patentierte, welche durch Modelle darstellbar sind, aber mit der ernstlichen Absicht umgehe, den Patentschutz auf alle gewerblichen Erfindungen auszudehnen.

Sodann werden die beiden Abkommen in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Das Haus tritt sodann in die erste Beratung des Entwurfs betreffend Phosphorzünder ein.

Graf Posadowsky begründet den Entwurf und führt aus: Wir müßten ein ausnahmsloses Verbot der Verwendung des weißen und gelben Phosphors bei Herstellung von Zündhölzern erlassen, da sonst nicht verhindert werden könnte, daß in der Hausindustrie doch Phosphor verwendet würde. Gerade da sei die Herstellung solcher Zündhölzer am aller-gefährlichsten, da die Arbeitsräume dort auch meist gleichzeitig Schlaf- und Wohnräume sind. Bisher konnten wir mit einem solchen Gesetz nicht vorgehen, weil die Herstellung ungeschützter Streichhölzer unmöglich war. Jetzt aber schließen wir einen Vertrag mit einem Unternehmer, der ein Patent auf eine Zündmasse hat, die keinen Phosphor enthält und deren Fabrikation keine Explosionsgefahr mitbringt. Wir werden dieses Patent den Fabrikanten zur Verfügung stellen, die bisher mit Phosphor gearbeitet haben. Die Gegner des Entwurfs sagten, wir übertrieben die Gefahren. Es ist aber festgestellt, daß Phosphorarbeiter oft noch nach Jahren an Phosphor-netrose erkrankten. Uebrigens wird den Fabrikanten zur Aenderung ihres Betriebes bis Januar 1907 Zeit gelassen. Die Gewährung einer Entschädigung erscheint nicht gerechtfertigt, eine solche würde auch sonst nicht gewährt, wo Beschränkungen im Gewerbebetrieb zum Schutz an Leben und Gesundheit der Arbeiter erforderlich würden.

Abg. Endemann (nat.-lib.) beantragt Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Im weiteren Fortgange der Sitzung erscheint Graf Ballestrem im Saale.

Vizepräsident Büsing unterbricht sofort die Sitzung und fragt den Grafen Ballestrem, ob er die Wahl annehme.

Graf Ballestrem erklärt: Meine Herren! Sie haben mich bei Beginn der Sitzung wieder mit sehr großer Majorität zum Präsidenten des Hauses gewählt und mir dadurch unverändertes Vertrauen in der Mehrheit dokumentiert. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefgefühltesten Dank aus nehme auf dieses Vertrauen gestützt das mir von Ihnen überwiesene Amt an. (Bravo.) Ich werde es nach wie vor nach bestem Wissen zu handhaben bestrebt sein. (Stürmische Bravo-rufe rechts, im Zentrum und bei den National-liberalen.)

Graf Ballestrem übernimmt den Vorsitz.

Abg. Müller-Meinungen (frei. Volksp.): Die französische Regierung habe auf die Erfindung einer Zündmasse, wie Graf Posadowsky sie gerühmt habe, einen Preis von 50 000 Francs gesetzt. Dieser Preis sei aber noch nicht vergeben. Somit scheine jenes Verfahren doch noch nicht allen Anforderungen zu entsprechen. Wenn aber ein gefährlicher Betrieb beseitigt werden müsse, dann müsse auch eine Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter erfolgen. Vom Standpunkt des Arbeiterschutzes sei das Gesetz zu begrüßen, man müsse aber auch bedenken, daß viele Leute, namentlich in Thüringen, dadurch der Hungersnot preisgegeben werden. Dem könne nur durch Hebung des Verkehrs in Thüringen begegnet werden, denn dann würden die Thüringer nicht mehr nötig haben, sich mit so gefährlichen Produktionen abzugeben. Er schließt sich dem Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission an.

Abg. Behner (Zentr.) spricht sich ebenfalls für Kommissionsberatung aus.

Abg. Wurm (Soz.) schließt sich ebenfalls diesem Antrag an und hofft, den Fabrikanten werde die neue Zündmasse kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Redner regt gleichfalls an, daß der Staat den armen Arbeitern, die brotlos würden, eine andere Arbeitsgelegenheit gebe, eventuell soll der Staat ihnen Geld vorstrecken, damit sie eine Genossenschaft bilden.

die selbst die neue Fabrikationsart betreiben könnte. Direkte Entschädigungen zu gewähren an Arbeiter oder Arbeitgeber, müsse seine Partei grundsätzlich ablehnen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Münch-Ferber (nat-lib.), der in dem Gesetz einen großen Fortschritt der sozialpolitischen Gesetzgebung sieht, des Abg. Wiemer (frei. Volksp.), welcher die Entschädigungsfrage nicht grundsätzlich ablehnen will, und des Abg. Reichhaus (Soz.) wird der Entwurf gemäß dem Antrag Endemann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. § 1 gibt an, welche Paragraphen sich auf die Beschäftigung der eigenen Kinder und welche sich auf die fremder Kinder beziehen.

Abg. Vaudert (Soz.) will das Verbot der Kinderarbeit auch auf die Landwirtschaft und den Gewerbebetrieb ausdehnen und den Unterschied zwischen den eigenen und fremden Kindern beseitigen.

Abg. Camp (Reichsp.) nimmt verschiedene in der ersten Lesung von ihm gegen den Lehrer Agard wegen mehrerer Behauptungen desselben in dessen Buch erhobene Vorwürfe zurück, meint aber, Agard habe mehrfach übertrieben, namentlich in seinen Schilderungen des Lebens der Hüttenjungen.

Abg. Wurm (Soz.) verteidigt den sozialdemokratischen Antrag und sucht unter Bezugnahme auf Briefe von Landpfarrern zu beweisen, daß in der Landwirtschaft die Kinder ausgebeutet werden.

Abg. Zwid (frei. Volksp.) billigt die Tendenz des sozialdemokratischen Antrages und wird für ihn stimmen, wird aber im Fall der Ablehnung auch für die Kommissionsfassung sein.

Abg. Köstke (frei. Vereinig.) tritt für die Veröffentlichung des Lehrers Agard ein, dem der Dank des deutschen Volkes gebührt, und stimmt gleichfalls der Tendenz des sozialdemokratischen Antrages zu, wird aber dagegen stimmen, um nicht das Gesetz zu gefährden.

Morgen 1 Uhr: Poleninterpellation. — Schluß gegen 6 Uhr.

* Berlin, 30. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf Valsestreem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Abg. Dziembowski begründet die Interpellation betreffend ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches. Redner betont zunächst, der Reichstag sei für die Interpellation vollkommen zuständig. Die Regierung bezeichne jetzt die Polengefahr als nationale Gefahr, als slavische Gefahr. Sie scheint die Reichsgrenzen bedroht zu glauben. Der polnischen Bevölkerung sei die polnische Sprache in Amt und Schule, sowie freie Religionsübung garantiert worden. Typisch sei der Fall des Geh. Rats Köhning, der nur wegen seiner Stellung zur Polenfrage entlassen worden sei. Dziembowski bringt zahlreiche Einzelfälle vor, besonders solche, worin die diplomatische Zurückdrängung der polnischen Sprache erblickt. Die Anordnungscommission betreibe lediglich Germanisation und Protestantisation. Die polnischen Redakteure würden in den Gefängnissen besonders schlecht behandelt. Den Breschener Gymnasiasten, die heimlich polnische Geschichte und Literatur getrieben haben, sei gefehlwidrig die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste entzogen worden. Der Kampf, der auf die Ausrottung der polnischen Nationalität gerichtet sei, sei ausichtslos. Die antipolnische Politik der Regierung habe Fiasco gemacht und stehe vor dem Vanerott.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, für die preußische Regierung und auch für das Deutsche Reich gibt es eine polnische Frage im internationalen Sinne nicht. Die polnischen Landesteile sind für immer unaufloslich mit der preußischen Monarchie und dem Deutschen Reich verbunden und so lange das Deutsche Reich und der preußische Staat noch einen Soldaten ins Feld zu stellen hat, wird dieses Verhältnis bestehen bleiben. Alle Fragen, die der Herr Vorredner angeregt hat, sind mit Ausnahme einiger weniger lediglich innere preußische Angelegenheiten, über die der Reichstag kein Urteil abzugeben hat.

Kriegsminister v. Goltz führt aus, die Verbindung der Breschener Gymnasiasten, denen die Berechtigung zum Einjährig-Dienst entzogen worden sei, war keineswegs harmlos. Uebrigens ist von 60 in Betracht kommenden Gymnasiasten nur 14 die Berechtigung entzogen worden. Die Entscheidung war sehr milde.

* Berlin, 30. Jan. Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beanstandete die Wahl von Kauter, (10 Königsberg, Raftenburg-Gerdauen-Friedland).

Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

* Paris, 29. Jan. Deputiertenkammer. Das Haus begann heute die Beratung des Budgets des Reiches. Auf Ersuchen der betreffenden Kommission und der Regierung wird die Beratung aller auf die auswärtige Politik bezüglichen Interpellationen auf den 16. Februar vertagt. Die Kammer geht zur Beratung der einzelnen Artikel über. Bei Artikel 1 (Gehalt des Ministers) fragt d'Estournelles (Linksrepublikaner), wie es komme, daß die Ausgaben für die Unterhaltung des Schiedsgerichtshofs im Haag nicht im Budget enthalten seien. Auf eine Anfrage hat mir Herr Delcassé erklärt, er habe nicht daran gedacht, einen Posten für den Haager Gerichtshof einzustellen. Ich bedauere, daß die Regierung es nicht begriffen hat, daß hier der Keim einer großen Sache, der Keim eines Budgets des Friedens liegt. Ich hoffe, daß der Minister in Zukunft ein besonderes Kapital schafft für die auf Frankreichs Anteil entfallenden Kosten des Schiedsgerichts. Delcassé (Minister des Aeußern): Die Regierung der Republik ist weit davon entfernt, kein Interesse für das Schiedsgericht zu zeigen. Sie hat das jüngst gezeigt in dem Streitfall mit Guadmalca, den sie dem Haager Schiedsgericht unterbreitet hat. Ich werde im nächsten Jahr 5000 Francs für den bezeichneten Zweck in das Budget einstellen. Diese Summe dürfte zureichen. Artikel 1 wird darauf angenommen, ebenso die Artikel 2 und 3 (Gehälter der Beamten).

Zu Artikel 4 (Gehälter der diplomatischen und konsularischen Agenten) nimmt der Sozialist Sembat das Wort. Er fordert die Aufhebung der französischen Votschaft beim Vatikan und begründet seinen Antrag mit der Notwendigkeit der Verteidigung der Republik gegen die Kirche und den Papst. Delcassé: Mit der Annahme des Kultusbudgets hat sich die Kammer auch für die Aufrechterhaltung der Votschaft beim Vatikan ausgesprochen, aber auch, wenn Frankreich das Konordat kündigte, würde es in Verbindung mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche bleiben müssen. Haben doch selbst Mächte, wie Deutschland und Rußland, die keinen Staatsvertrag mit dem Heiligen Stuhle abgeschlossen haben, aus Gründen politischer Notwendigkeit Vertreter beim Vatikan bestellt. Der Antrag Sembat wird sodann mit 325 gegen 215 Stimmen abgelehnt.

Trouin (Soz.-Rad.) bringt folgenden Beschlus Antrag ein: Die Kammer fordert die Regierung auf, die Verhandlungen Frankreichs mit dem Vatikan und den Meinungsäustausch mit dem Heiligen Stuhl über das Vereinigeseh in einem Gelbbuch zu veröffentlichen. Delcassé: Ich bin bereit, zur geeigneten Zeit die Verhandlungen bekannt zu geben, aber von den Antworten des Vatikans, wie es Brauch ist, nur die, in deren Veröffentlichung der Heilige Stuhl einwilligt.

Der Antrag Trouin wird mit 331 gegen 6 Stimmen angenommen.

Ueber Artikel 9, Ausgaben zur Unterhaltung der Schulen und Missionsanstalten im Orient, entsteht eine längere Erörterung. Der Sozialist Sembat bespricht die Plünderung des Palastes des Prinzen Li in Peking, die von den Missionaren veranlaßt worden sei. Er befürwortet die Gründung weltlicher Schulen zum Zwecke der Verbreitung des französischen Einflusses. Der konservative Denis Cochin verteidigt die Missionare. Berichterstatter Dubief erklärt, die Aufgabe der Plünderung sei nicht zu leugnen. Der Bericht des Generals Bohron stellt fest, daß die Plünderung von den Missionaren organisiert und mit Hilfe der Soldaten ausgeführt worden ist. Es ist die Pflicht der Republik, zur Verbreitung des französischen Einflusses sich der weltlichen Lehrer, der Ärzte und anderer zu bedienen, nicht aber der Missionare.

Denis Cochin klagt darüber, daß das katholisch-lateinische Protektorat im Orient von dem Protektorat der griechisch-orthodoxen Kirche bekämpft wird. Von sozialistischer und radikaler Seite wird ein Beschluß Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, die in Artikel 9 bereitgestellten Kredite ausschließlich weltlichen Krankenhäusern und Schulen zuzuwenden zu lassen.

Minister Delcassé: Ich bedaure, daß man von Rußland in einem Sinne gesprochen hat, als nehme es im Orient eine den französischen Interessen wenig günstige Haltung ein. Der siegreiche Wettbewerb der französischen Anstalten wird von Rußland in keiner Weise gehindert. Die Wahrheit ist die, daß die Haltung Rußlands, unseres lokalen und aufrichtigen Verbündeten, beweist, daß es die höheren Interessen, die es an Frankreich knüpfen, nicht aus dem Auge verliert. Das Gelbbuch über Mitylene liefert den Beweis dafür. Den eingebrachten Beschluß Antrag muß ich ablehnen. Zur Stunde unterliegen wir 300 Anstalten, die den Missionaren gehören. Wir würden 6 bis 7 Millionen Francs brauchen, wenn wir nur weltliche Anstalten im Orient haben und unterhalten wollten. Der Beschluß Antrag wird darauf mit 304 gegen 224 Stimmen abgelehnt.

Der sozialistische Radikale Henri MichéI bringt sodann einen Beschluß Antrag ein, der die Regierung ersucht, „mehr und mehr“ ihre Unterstützung den weltlichen Anstalten zuzuwenden. Nachdem Minister Delcassé ausgeführt hat, daß der Antrag in dieser Form seinen eigenen, früher abgegebenen Erklärungen entspreche, wonach eine gleiche Behandlung der weltlichen und geistlichen Anstalten angestrebt sei, wird der Beschluß Antrag Michel mit 340 gegen 88 Stimmen genehmigt.

Orientpolitik.

* Paris, 29. Jan. Das Gelbbuch über die macedonischen Angelegenheiten umfaßt 52 Aktenstücke, vom 28. Februar 1902 bis zum 3. Januar 1903. Bereits zu Beginn des Jahres 1902 meldeten die französischen Agenten auf der Balkanhalbinsel, daß die Nachrichten von einem für das Frühjahr drohenden Aufstand ernstere lauteten. Die Kabinette befürchteten eine zu gewaltsame Unterdrückung des Aufstandes durch die türkische Regierung und wollten eine Wiederholung der 1876 in Bulgarien verübten Grausamkeiten vermeiden. Delcassé schlug der russischen Regierung vor, energische Vorstellungen bei der Pforte zu machen. Constans, welcher bereits gegen die Verwendung von Vahsibozuks in Macedonien Einspruch erhoben hatte, nahm am 29. April von den Versicherungen der türkischen Regierung Akt, daß nur reguläre Truppen verwendet werden sollen. Im Sommer 1902 dehnte sich der Aufstand weiter aus. Der macedonische Kongreß trat im August zusammen. Im September, in Verfolg der Schiffsplünderung, wird ein weiteres Zunehmen der Uebertritte bewaffneter Banden nach Macedonien gemeldet. Die Nachrichten werden so beunruhigend, daß der französische Gesandte in Sofia schreibt: Nur der Winter trennt uns vielleicht von Ereignissen, die, wenn man ihnen nicht entgegenwirkt, um so ernster sein können, als die Sympathien nicht nur der Bulgaren, sondern aller Slaven sie vorbereiten und ihre Bedeutung erhöhen werden. Minister Delcassé wiederholt dann am 14. Oktober seine Ansicht dem Sultan gegenüber und macht unter dem 20. Oktober dem türkischen Votschaffer darauf aufmerksam, daß es dringend notwendig sei, endlich die Reformen in Macedonien zu verwirklichen. Die Darlegung der Ansicht Delcassés wurde dem Kaiser von Rußland übermittelt. Am 11. Dezember bestätigte der russische Votschaffer dem Minister die vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Kabinette. Graf Lambsdorff begab sich nach Wien, um mit Oesterreich-Ungarn gemeinsam einen Plan aufzustellen, der von den anderen Mächten unterstützt werden sollte.

Heer und Marine.

Die neuen Kriegsartikel für die Marine.

* Den durch Allerhöchste Verordnung vom 22. September 1902 eingeführten Kriegsartikeln für das Heer

sind nunmehr die Kriegsartikel für die Kaiserliche Marine gefolgt. Sie schließen sich formell eng an die Kriegsartikel für das Heer an und entsprechen ebenso wie diese den durch den Geist der Zeit gebotenen Anforderungen. Zuerst wird dem seiner Dienstpflicht genügenden Manne die Ehre vor Augen geführt, daß er für Kaiser und Reich die Waffen zu führen hat; dann wird ihm die Lehre erteilt, wie er seine Pflichten zu erfüllen hat, welche Belohnungen ihm winken, welche Rechte ihm zur Seite stehen, und schließlich werden ihm diejenigen Strafen mitgeteilt, denen er verfallen muß, wenn er seine Pflichten nicht erfüllen sollte. In ihrer jetzigen durchgegeistigten Fassung kommt es aufs Schönste zum Ausdruck, daß die Marine und das Heer als Hochschule der Volkserziehung zu dienen haben, und daß es Pflicht der in dieser Hochschule wirkenden Lehrer ist, ihren Zöglingen eine solche Erziehung in eigener Unterordnung unter höhere Gebote, in Auffassung der auferlegten Pflichten zu erteilen, daß dieser gute Geist nicht nur während der Erfüllung der Dienstzeit vorhält, sondern weit über diese Zeit hinausreicht.

Für die Marine war der Zusatz des Artikels geboten: „Der Soldat soll die Sitten und Gewohnheiten fremder Völker achten und besonders auch die religiösen Gebräuche und Gefühle Andersgläubiger schonen. Er muß stets dessen eingedenk sein, daß nach seinem Verhalten die deutsche Marine und weiterhin das ganze deutsche Volk beurteilt wird.“

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 30. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Finanzministers Dr. Buchenberger entgegen.

Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin Sophie zur Lippe nahm an der Frühstückstafel der Höchsten Herrschaften teil.

Nachmittags von 4 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai und später denjenigen des Legationsrats Dr. Seyb.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großherzoglichen Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgeteilt: Am Dienstag, den 3. Februar und Donnerstag, den 5. Februar wird im Zusammenhang Grillparzers 1895 zum letzten Male hier gegebene trilogische Dichtung „Das goldene Vließ“, am ersten Abend neu einstudiert „Der Gastfreund“ und „Die Argonauten“, am zweiten Abend „Medea“ in Szene gehen. Weiterhin bringt das Schauspiel am Samstag, den 7. Februar eine Wiederholung von „Das fünfte Rad“. In der Oper gelangt am Freitag, den 6. Februar „Der schwarze Domino“ mit Luise Angerer in der weiblichen Hauptrolle, am Sonntag, den 8. Februar „Tritan und Sfolde“ mit Fritz Rémond und Benita Fajzender in den Hauptpartien zur Aufführung. Als nächste Neuheit des Schauspielers befindet sich das Lustspiel „Im bunten Noth“ von Schönthan und Schlicht in Vorbereitung.

— (Königlicher Hofkapell.) Der hiesige Kapellmeister Herr Max Rothschild, ein Schüler des Herrn Kammerjäger Rosenbergs, gab am Mittwochabend im großen Saale der Eintracht ein Konzert, das sich eines guten Besuchs erfreute. Der stimmbegabte Sänger sang einige weniger bekannte Lieder neuerer Komponisten, und erntete damit reichen Beifall. Sehr genüßreich und feßelnd waren die Vorträge der Frau Nola Klein-Steinmann, welche damit Gelegenheit fand, sich als sehr gut geschulte Sängerin zu bewähren. Einen großen und wohlverdienten Erfolg erzielte sich unser geschätzter Cellist, Herr Kammermusiker Schwanzara mit zwei in Vortrag und Technik glänzend dargebotenen Stücken von César Gui und Moszkowski. o.c. (Feier des Papstjubiläums.) Bei der am 15. Februar d. J., abends 8 Uhr, im großen Festballsaal stattfindenden Papstjubiläumfeier wird Herr Dr. Werthmann, Erzbischöflicher Geistlicher Rat und Päpstlicher Geheimkammerer, die Festrede halten.

R.S. (Die Vereinigung der Reserve- und Landwehrpflichtigen Karlsruhe) feierte auch dieses Jahr den Geburtstag des Deutschen Kaisers durch ein Festmahl im großen Saale der Eintracht, wobei der Bezirkskommandeur, Herr Oberleutnant Knecht, das Hoch auf den Kaiser ausbrachte.

* (Der Verein für Volkshygiene) wird am Montag, den 2. Februar d. J., seinen Vortragsabend mit einem Vortrag des Herrn Obermedizinalrats Dr. Hausser über „Häusliche Unfälle und ihre Behandlung bis zur Ankunft des Arztes“ beginnen. Bei dem großen Interesse, das dieses Thema den weitesten Kreisen, insbesondere allen Hausfrauen und Müttern bieten wird, kann ein zahlreicher Besuch des Vortrags auch aus Frauenkreisen nur angelegentlich gewünscht und empfohlen werden. Der Vortrag findet abends 8 Uhr im großen Rathhauseaal dahier statt. Der Eintritt ist für jedermann frei.

— (Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 29. Januar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Freiherr v. Müdt. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Freiherr v. Red. — In der Anklagesache gegen den Baununternehmer Benedikt Pfisterer aus Darlanden wegen Verleumdung verfügte der Gerichtshof die Einstellung des Verfahrens. — Eine Anklage wegen Körperverletzung führte den in Pforzheim wohnhaften Kammbauer Philipp Zieger aus Oberhauhen vor die Strafkammer. Zieger wurde zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. — Am Abend des 29. November gegen 1/8 Uhr wurde auf der strategischen Bahn am Bahnhöfchen der Straße Rimbheim-Gagfeld das Fuhrwerk des Karl Franz Luz aus Gagfeld von dem um diese Zeit fälligen Schnellzug 12a erfaßt und umgestürzt. Die Insassen des Wagens kamen glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon. Der Zusammenstoß war dadurch herbeigeführt worden, daß der Bahnwachtsabläßer Friedrich Oberacker aus Riedelsheim die Schranken des Ueberganges nicht rechtzeitig geschlossen hatte. Es wurde deshalb gegen ihn Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports erhoben. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 M. — Der Gerichtshof traf ferner folgende Entscheidungen: Dienstag Anna Katharina Schneider aus Gemmingen wegen Betrugs und Diebstahls 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft; Maler und Tüncher Andreas Eisele aus Rio de Janeiro wegen Urkundenfälschung und Betrugsbetrugs 6 Monate Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Die marokkanische Frage.

(Telegramm.)

* Madrid, 29. Jan. Dem „Imparcial“ wird aus Tanger telegraphiert: Der Prätendent zog eilig seine Streitkräfte in unbekannter Richtung zurück. Kad Omar errichtet an strategischen Punkten bei Melilla Befestigungen. Von Ocran trafen vier französische Torpedoboote ein. Zwei derselben sind alsbald wieder abgefahren.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Königsberg i. Pr., 30. Jan. Die „Königsb. Allg. Ztg.“ hört, dem 1. Armeekorps sei anlässlich des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers ein Gnadenbeweis dadurch zu teil geworden, daß der Kaiser 50 000 M. als Stiftung schenkte. Die Summe soll den Offizieren des 1. Korps für bestimmte Zwecke zu gute kommen.

* Berlin, 30. Jan. Die „Nat.-Ztg.“ meldet: Unter dem Vorhitz des Generalkonsuls Mason fand gestern die konstituierende Versammlung der amerikanischen Handelskammer in Berlin statt. Die Kammer will den Mittelpunkt des geselligen kommerziellen amerikanischen Lebens in der Reichshauptstadt bilden, ferner die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder pflegen. Informationen erteilen und erforderlichenfalls das Schiedsamt übernehmen, wo deutsche und amerikanische Handelsverhältnisse auseinandergehen.

* Berlin, 30. Jan. In der gestrigen Abend Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte Frhr. v. Hammerstein, eine Verordnung über die Behandlung der Inhaftierten im polizeilichen Gewahrsam sei in Vorbereitung.

* Berlin, 30. Jan. Gestern wurde auf dem hiesigen Ministerium des Auswärtigen die französische Ratifikationsurkunde zur Zuckerkonvention niedergelegt.

* Dresden, 30. Jan. Das „Dresdner Journal“ bringt folgende Allerhöchste Verordnung vom 14. Januar 1903: „Wir, Georg, von Gottes Gnaden König von Sachsen u. c., haben uns zu nachstehender Bestimmung bewegen gefunden. Nachdem Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit, die Kronprinzessin Louise Antoinette Maria, geborene Erzherzogin von Oesterreich, Prinzessin von Toskana, am 9. Januar d. J. auf alle Rechte, die ihr auf Grund ihrer Stellung als Kronprinzessin von Sachsen bisher zugefallen haben, in feierlicher Weise für immer verzichtet hat, so erteile Wir hierzu Unsere Genehmigung und erklären demgemäß in Kraft der uns nach § 4 Unseres Hausgesetzes vom 30. Dezember 1837 zustehenden Hoheitsrechte, daß Hochdieselbe aus allen in der Zugehörigkeit zu Unserem Hause begründeten Rechten, Titeln und Würden von jetzt an ausgeschlossen ist. Gegeben zu Dresden, den 14. Januar 1903. Georg.“

* Wien, 30. Jan. Vor der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielten die Vertreter der Kohlen- und Raffinadeindustrie im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses eine Sitzung ab, behufs Einigung über die Contingentverteilung. Bei Beginn der Sitzung beschloßen sich dann mehrere Abgeordnete, daß Nichtparlamentarier in den Räumen des Abgeordnetenhauses eine Versammlung abhalten. Der Präsident erwiderte, er habe von der Versammlung erst kurz vor Beginn derselben Kenntnis erhalten. Auf diese Mitteilung hin begaben sich Mitglieder der Volkspartei und der Sozialdemokraten mit den Herren: Hinaus Zuber, Jobber, hinaus Bagale, in den betreffenden Saal. Als einzelne der Anwesenden den Raum nicht sofort verlassen, wurde Gewalt angewendet. Kurz darauf erfolgte eine Unterbrechung der Sitzung des Abgeordnetenhauses.

* Amsterdam, 30. Jan. Vor einiger Zeit traten die Arbeiter einiger Transportgesellschaften in den Ausstand, wodurch im Gütertransporte Schwierigkeiten entstanden. Gestern sind 300 Arbeiter und Maschinisten der holländischen Eisenbahngesellschaft, die beim Güterverkehr beschäftigt sind, gleichfalls in den Ausstand getreten, so daß der Gütertransport eingestellt werden mußte. Eine Abteilung Marinerosoldaten ist an Ort und Stelle angekommen. Bei Schellingwoude kam es zwischen Arbeitern, die von Amsterdam kamen, und anderen, die am Durdendam wohnten, des Ausstandes wegen zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Personen, darunter einige schwer, verwundet wurden.

* Amsterdam, 30. Jan. Die Vereinigung der Eisenbahnarbeiter beschloß in vergangener Nacht, bei der Direktion der holländischen Eisenbahngesellschaft darauf zu bestehen, daß sie keine Wagen für die Schiffverfrachter rangieren lasse, deren Personal sich im Ausstande befindet. Die Versammlung nahm mit 702 gegen 31 Stimmen einen Beschlus an, wonach im Falle der Nichtbewilligung ihrer Forderungen der Allgemeine Ausstand aller Eisenbahn- und Tramwaybediensteten im ganzen Lande erklärt wird.

* Utrecht, 30. Jan. In einer Versammlung der Vorstände der Vereinigung organisierter Eisenbahngestellter wurde beschloßen, einer etwaigen Aufforderung der Führer der Organisation, in den Ausstand zu treten, sofort Folge zu leisten. Andererseits aber eine solche Aufforderung auf jeden Fall erst abzuwarten.

* Rom, 30. Jan. Nach dem über das Befinden Prinetti's ausgegebenen Berichte war der Minister morgens für kurze Zeit in der freien Bewegung des linken Armes und Beines behindert. Gegenwärtig zeigen die Krankheitsercheinungen eine leichte, aber fortschreitende Besserung.

* Rom, 30. Jan. Reichskanzler Graf Bülow sprach dem Minister Prinetti telegraphisch sein herzlichstes Mitgefühl aus Anlaß der Erkrankung, sowie seine aufrichtigsten Wünsche für rasche Wiederherstellung seiner für Italien wertvollen Gesundheit aus.

* Madrid, 30. Jan. In Neus wurde der Generalausstand verkündet. Es legten etwa 1000 Personen die Arbeit nieder.

* Christiania, 30. Jan. Rorsk Telegrammbureau meldet: Es wurde beschloßen, die schwedisch-norwegischen Konsultatverhandlungen bis zur zweiten Woche des Februars auszusetzen, namentlich, nachdem von schwedischer Seite der Wunsch ausgesprochen worden ist, erst die offiziellen Berichte von der Stortingssitzung am 26. Januar d. J. anzusehen.

* St. Petersburg, 29. Jan. Der Deutsche Kronprinz, dessen Besuch in Nowgorod einer Unpäßlichkeit wegen verschoben werden mußte, sandte dem Kommandeur des Wjborgschen Regiments folgendes Telegramm:

Ich bedauere von ganzem Herzen, daß ich nicht in dem Kreise der Offiziere des tapferen Wjborgschen Regiments sein kann. Mein Vater, der Deutsche Kaiser, der durch mich einen Gruß an das Regiment sendet, wird nicht weniger betrübt sein, daß ich nunmehr nur auf diesem Wege den Gruß übermitteln kann.

Das Befolge des Kronprinzen drückte gleichfalls telegraphisch das Bedauern darüber aus, daß es ihm unmöglich sei, bei dem Regiment zu verweilen. Auf beide Telegramme wurde durch den Chef des Regiments, von Bruden, telegraphisch geantwortet und gleichzeitig an Kaiser Wilhelm ein Telegramm gesandt mit dem Ausdruck des Bedauerns über den verschobenen Besuch des Kronprinzen und der Dankbarkeit für den Gruß des Erlauchten Chfs. Hierauf ist dem Regiment folgende Antwort des Deutschen Kaisers zugegangen:

Ich bedauere aufrichtig, daß mein Sohn, der Kronprinz, gelegentlich seines Besuches in St. Petersburg, wo ihm durch die Huld des Erlauchten Herrschers ein so herzlicher Empfang zu teil wurde, nicht mit meinem Wjborgschen Regimente bekannt zu werden vermochte. Außerordentlich rühre mich, mein lieber Oberst, Ihr Telegramm mit dem Ausdruck des tiefen Bedauerns des Regiments. Ich danke herzlich für den neuen Beweis der Anhänglichkeit. Ich bringe ein Hoch aus auf die Offiziere und Soldaten und sende meinem Regiment herzlichsten Gruß.

Der „Ruffij Invalid“ schreibt dazu, um so größer und herzlicher sei die Freude des Wjborgschen Regiments gewesen, als der Kronprinz den aufgeschobenen Besuch am 25. Januar nachholte und der russische Thronfolger bei seiner Verabschiedung vom Regiment demselben nochmals versicherte, daß der Deutsche Kronprinz sich hoch erfreut über den glänzenden Zustand des Regiments ausgesprochen habe. Der Regimentskommandeur hat hierauf den Kriegsminister telegraphisch, dem Allerhöchsten Kriegsherrn unwandelbarer Treue und die Bereitwilligkeit, stets und überall für Glaube, Kaiser und Vaterland das Leben zu opfern, versichert zu wollen. Zugleich sandte der Regimentskommandeur an den Deutschen Kaiser ein Telegramm, in dem er bat, die aufrichtige und herzliche Dankbarkeit von dem durch den Besuch beglückten Regimente entgegenzunehmen. Hierauf sandte der Kaiser Wilhelm am 25. Januar folgendes Telegramm:

Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß der Kronprinz, mein Sohn, mein Wjborgschen Regiment besuchen konnte. Für den ausgezeichneten Zustand des Regiments, den herzlichen Empfang und die lebenswürdigen Telegramme drücke ich meinen kaiserlichen Dank aus.

* Johannesburg, 30. Jan. Der Präsident der Minenkammer teilte in der heutigen Sitzung der Kammer mit, daß beschloßen worden sei, Journeestreams mit Johannesburg durch eine Eisenbahn zu verbinden.

Verschiedenes.

* Sangerhausen, 29. Jan. Die „Sangerhäuser Ztg.“ meldet, sie erfahre von zuverlässiger Seite, daß die Gerichtskommission auf Grund des örtlichen Tatbestandes festgestellt habe, daß ein gewaltiges Ende des Fürsten Wolffgang zu Stolberg-Stolberg ausgeschlossen erscheint. Nach dem Ergebnis der gerichtsarztlichen Untersuchung ist der Tod auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Dieser Sachverhalt wird durch die Tatsache erhärtet, daß der fürstlichen Familie positive Unterlagen, die auf einen Selbstmord schließen ließen, gänzlich fehlen.

* Nürnberg, 30. Jan. Heute morgen stürzte am Spittler Tor ein Stiel der alten Stadtmauer in einer Länge von etwa 10 Meter in den Stadtgraben. Der Magistrat hat eine sorgfältige Untersuchung der ganzen Stadtmauer beschloßen.

* Tucson (Arizona), 29. Jan. Bis jetzt wurden noch 12 Leichen unter den bei dem gestrigen Eisenbahnunfall getöteten gerammerten Wagen aufgefunden, sodaß die Gesamtzahl der Toten 20 beträgt.

Wetter am Donnerstag, den 29. Januar 1903.

Hamburg, Eutinmünde, Münster, Breslau, Metz und Chemnitz trüb ohne Regen; Neufahrwasser nachts Regen; Mühlstein heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 30. Januar 1903, vormittags 7 Uhr.
Triest dunstig 2 Grad, Pizsa bewölkt 6 Grad, Florenz neblig 4 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 30. Januar 1903.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Maximum, das Frankreich und die Westalpen bedeckt, bis zu einer tiefen Depression ab, die über dem nördlichen Norwegen liegt; und die, bis zum Fuß der Alpen herab, trübes und ziemlich mildes Wetter mit Niederschlägen verursacht. In den deutschen Küstengebietern wehen stürmische Winde. Eine wesentliche Witterungsänderung steht nicht in Aussicht.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar.	Barom. mm.	Therm. in C.	Nebel. in mm.	Feuchtigkeit in mm.	Wind.	Himmel.
29. Nachts 9 ⁰⁰ U.	765.0	4.8	5.2	81	SW	bedeckt
30. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	764.4	3.5	4.6	78	„	„
30. Mittags 2 ⁰⁰ U.	763.7	5.2	4.8	72	„	„

Höchste Temperatur am 29. Januar: 6.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.2.
Niederschlagsmenge des 29. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 30. Januar: 3.24 m, gestiegen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

▲ (Aus dem Polizeibericht.) Heute nachmittag 3 Uhr wurde die in der Dorotheastrasse wohnende 70jährige schwerhörige Witwe eines Bahnarbeiters, als sie am Durlacher Tor das Gleise der elektrischen Straßenbahn überfahren wollte, von einem der Kaiserstrasse zufahrenden Wagen erfasst und zu Boden geworfen. Sie zog sich dabei Hautabschürfungen und Beulen an verschiedenen Körperteilen zu und wurde ohnmächtig nach der Polizeistation am Durlacher Tor getragen. Nachdem sie sich dort wieder erholt hatte, wurde sie in einer Droschke nach ihrer Wohnung verbracht. — Mittwochnachmittag 2 Uhr rissen einem Droschkenfahrer in der Kaiserallee bei der Kochstrasse die Zügel. Das Pferd samt der mit einem Herrn und einer Dame besetzten Droschke sprang über das Gleise der elektrischen Straßenbahn und den Straßenrand, wobei die Droschke umfiel und die Insassen herausgeschleudert wurden. Während der Herr mit dem Schrecken davon kam, erlitt die Dame eine Verfrachtung des linken Armes. — Am 27. d. M., abends, nahm ein 15 Jahre alter Kaufmannslehrling aus Bruchsal eine Flobertpistole, mit welcher er im Laufe des Abends wiederholt geschossen hatte, in der Meinung, daß dieselbe nicht geladen sei, zielt damit auf einen Freund, einen 18 Jahre alten Schlosserlehrling, und sagte, indem er losdrückte: Ich schieß Dich tot, worauf es frachte und der Bedrohte so schnell an einem Auge verletzt wurde, daß die Sehstift gefährdet und der Verletzte infolgedessen in die Augenklinik verbracht werden mußte. — In der Nacht zum 28. d. M. wurden in einem Hause in der Kreuzstrasse drei Kellerfugen erbrochen, Wein getrunken und eine Ladentüre aufgesprengt und die Schubladen durchwühlt. Es gelang bisher nicht, der Einbrecher habhaft zu werden.

□ Mannheim, 29. Jan. Der hiesige Bürgerausschuß hielt am Mittwoch seine erste Sitzung nach den Neuwahlen ab. Die Verhandlungen dauerten fünf Stunden. Zur Beratung kamen kleine Vorlagen, betreffend Geländeverkauf und Straßenbauten. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit der größeren Verschönerung des Neubaus eines Krankenhauses auf dem ehemaligen Erzzerplatz betont. Der Stadtrat ist von dem Bedürfnis nach einem neuen Krankenhaus überzeugt, will jedoch mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt und im Hinblick auf den Umstand, daß die Bevölkerung der Stadt in der letzten Zeit eher ab als zugenommen hat, den Bau noch hinauschieben. Die längste Diskussion verursachte das Budget für das Hoftheater, das für dieses Jahr einen außerordentlichen Zuschuß von 137 100 M. verlangt, erheblich weniger, als im vorigen Jahre, in welchem Herr Intendant Wassermann 157 000 M. forderte und 148 000 M. bewilligt erhielt. Das Budget wurde einstimmig genehmigt. Auch die Sozialdemokraten stimmten diesmal dafür.

× Baden, 29. Jan. Unsere Freunde der Alpenwelt und des Touristenports können sich in diesem Winter nicht beklagen, daß es ihnen an Unterhaltung fehle, für solche sorgen die hiesigen Sektionen des Schwarzwald-Vereins und des deutschen und österreichischen Alpenvereins in hohem Maße. Heute abend veranstalteten dieselben abermals im Saale des „Krotobils“ einen Vortragsabend, und zwar sprach Herr Paul Weiß aus Lichtenthal über „Eine Lebensbeschreibung des Montblanc von Courmayeur nach Chamonix“. Durch eine Reihe von Lichtbildern, Eigentum des Herrn Thiergarten in Karlsruhe, wurden die Ausführungen bestens unterstützt. Das zahlreich antwefende Publikum spendete lebhaften Beifall.

□ Karlsruhe, 29. Jan. Wer heute um die Mittagszeit die Berberstrasse passierte, konnte unter den Bewohnern derselben eine nicht geringe Aufregung beobachten, die dadurch hervorgerufen worden war, daß ein junger Mann, Bergolder Wirth aus Heidelberg, der bei Wäckermeister Gluck wohnte, kurz vor mittag in der Waschküche auf das Dienstmädchen Gluck schloß und dann in seinem Zimmer zwei Schüsse auf sich selbst abgab. Das am Saale schwerverletzte Mädchen wurde ins Bezirkskrankenhaus gebracht. Bei Wunsch trat der Tod alsbald ein. — Ein Dienstmädchen, das in selbstmörderischer Absicht Salzsäure trank, wurde heute vormittag in das Bezirkskrankenhaus überführt. — Herr Alfred Siefert, Bezirkspfleger der Kunst- und Altertumsdenkmäler, wurde in den Museumsauschuß der Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen in Berlin gewählt.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Der 6. Verbandstag des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verbandes für Winneinschiffahrt wird am 9. bis 12. September in Mannheim zusammengetreten. Der Verbandsvorstand, sowie die Mannheimer Behörden sind bereits an die Vorarbeiten für den Verbandstag herangetreten. — Im Domänenwalde zu Schönbrunn (bei Eberbach) wurden bei einer Jagd auf Wildschweine von 13 Stück 10 erlegt. — Herr Professor Rosenbusch in Heidelberg hat die höchste Auszeichnung, die von der Geologischen Gesellschaft in London zu vergeben ist, die Wollaston-Medaille, erhalten. — Dieser Tage fand der Jagdausschuß seiner von Dürrenbüchig (Amt Dreien) beim Begehen seines Hutbezirkes ein fruchtbares Reh. Er veränderte sich sofort mit seinem Kollegen in Diederichsen, Jagdausschuß Badenbut. Beide verstedten sich in der Nähe des Hundortes. Als die Nacht eingebrochen war, zeigte sich auch bald eine männliche Gestalt, welche sich anschickte, das Reh wegzuschleppen. Nach heftiger Gegenwehr wurde die Person, welche aus dem benachbarten Gondelsheim ist, von den Jagdausschüßern festgenommen und der Gendarmerie überliefert. Gestern wurden auch in Heidelberg drei Personen verhaftet, die in die Wildereraffaire verwickelt sind. — Das Gasthaus zum „Walfisch“ in Bruchsal ist, laut „Kraichg. Ztg.“, um den Preis von 80 000 M. an die Brauerei Fels in Karlsruhe verkauft worden. — Die Zahl der Fremden, die Baden-Baden auf längere oder kürzere Zeit im abgelaufenen Jahre besuchten, beträgt 70 908, somit 1391 weniger als im Jahre 1902. Die Zahl der Franzosen zeigt einen ansehnlichen Zuwachs und ist die höchste, die seit dem Kriege erreicht wurde (3928). Im ganzen wurden 171 644 Bäder, d. i. 7752 mehr als im Vorjahre, abgegeben. — In Hörden (bei Gernsbach) brannte am Montag abend das gemeinlichliche Haus des Dominik Stöcker und Urban Lang nieder. Der Schaden beträgt etwa 8000 bis 9000 M. — Die Eheleute Heinrich Gerber, Schuhmachermeister, in Kürzell begingen, beide noch geistig und körperlich rüstig, in aller Stille das Fest der goldenen Hochzeit. — In Donaueschingen feierten am Mittwoch der frühere Bahnhofsvorort, Herr Kaver Bauer, und dessen Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. — Die große Fischbrunnenanlage in Ermatingen sorgt für stetige Neubewässerung des Bodens. So wurden wiederum 3 195 000 junge Silberfische und 1 737 000 Gangfische, sowie 220 000 Aeschen im See ausgesetzt.

Der Konflikt mit Venezuela.

(Telegramm.)

* London, 30. Jan. Die Reuters Bureau erfährt, sandten die Regierungen Englands, Deutschlands und Italiens eine gemeinsame Antwort an Bowen bezüglich seines Vorschlages, daß alle Länder, welche Forderungen an Venezuela haben, auf gleichen Fuß mit den drei Verbündeten Mächten gestellt werden sollen. Die Antwort sagt, daß dieser Vorschlag Venezuelas nicht angenommen werden kann.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Soeben erschien: Das in Elsaß-Lothringen geltende Reichs- und Landesrecht in übersichtlicher Zusammenfassung Ein Handbuch für den Gebrauch der amtlichen Gesetzblätter.

Bekanntmachung.

Die Einlösung von Obligationen der Stadt Mannheim betreffend. Folgende städtische Obligationen wurden laut Notariatsakt auf die beigesetzten Termine zur Heimzahlung gezogen: I. Von den 3 1/2% Anleihen des Jahres 1885, rückzahlbar auf 1. Oktober 1903.

Ein schönes Piano, sehr gut erhalten, ist billig unter Garantie zu verkaufen. Anzufragen zwischen 2 und 3 Uhr Luisenstraße 19. Holz-Submission.

IV. Grosse Geld-Lotterie d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz Ziehung schon 7. März 1903 3888 Goldw. 44000

Nutz- und Brennholz-Versteigerung. Großh. Forstamt Wiesloch in Heidelberg versteigert auf Vorfrist bis 1. Oktober d. J. aus den Domänenwäldern bei Unterhof Distrikt I Kirchenswald.

Bürgerliche Rechtsstreite. Ladung. Die im Vermögen abgeforderte Ehefrau des Schusters Ernst Friedrich Gierlin, Maria geborene Krieg, in Mühlheim, klagt gegen den Johann Krieg, Schuster von Gernsbach, früher Tagelöhner zu Gernsbach.

Großherzogliches Hoftheater. Im Hoftheater in Karlsruhe. Samstag, 31. Jan. Abt. B. 35. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Die Journalisten, Lustspiel in 5 Akten von Gustav Freitag.

Konkurse. J.109. Nr. 1555. Durlach. Ueber das Vermögen des Spezialewarenhandlers Julius Schade in Durlach wird heute am 29. Januar 1903, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Öffentliche Aufforderung. J.105.1. Kirchgarten. Die entmündigte Theresia geb. Wagner in Kirchgarten, Witwe des am 16. November 1887 zu Kirchgarten verstorbenen Tischlers Joseph Scherer, ist dabeist am 23. Dezember 1902 im Alter von 68 Jahren gestorben.

Versteigerung. Samstag, den 21. Februar 1903, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Versteigerung. Samstag, den 21. Februar 1903, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Vermögensabsonderung. J.124. Nr. 1580. Karlsruhe. Durch Urteil des Großh. Landgerichts Karlsruhe, Zivilkammer III, vom 29. Januar 1903, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner die Zahlungen eingestellt und die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat.

Versteigerung. Samstag, den 21. Februar 1903, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Versteigerung. Samstag, den 21. Februar 1903, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Versteigerung. Samstag, den 21. Februar 1903, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.